

Peter Schaar  
Trügerische Sicherheit



Peter Schaar

# TRÜGERISCHE SICHERHEIT

Wie die Terrorangst uns  
in den Ausnahmezustand treibt

 Edition  
Körber

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese  
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter  
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Edition Körber, Hamburg 2017

Umschlag: Groothuis. [www.groothuis.de](http://www.groothuis.de)

Covermotiv: © REA/Laif

Der Autor wird vertreten durch Aenne Glienke | Agentur für Autoren  
und Verlage | [aenneglienkeagentur.de](http://aenneglienkeagentur.de)

Herstellung: Das Herstellungsbüro, Hamburg |  
[www.buch-herstellungsbuero.de](http://www.buch-herstellungsbuero.de)

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck  
Printed in Germany

ISBN 978-3-89684-199-5

Alle Rechte vorbehalten

[www.edition-koerber.de](http://www.edition-koerber.de)

# Inhalt

Einleitung	7
1. Deutschland im Fadenkreuz	11
2. Ausnahmezustand	21
3. Das süße Gift der Autokratie	43
4. Entgrenzte Sicherheit	57
5. Ganz sicher – wirklich?	66
6. Terrorismus als Medienereignis	82
7. Des einen Terrorist – des anderen Freiheitskämpfer	89
8. Sicherheitsrisiko Migration?	97
9. Global War on Terror	113
10. Der Staat als Kidnapper	125
11. »Justice has been done«	142
12. Stecknadeln und Heuhaufen	146
13. Überstunden für den Gesetzgeber	163
14. Für immer geächtet	177
15. Zweierlei Recht	184
16. Europa: bedingt abwehrbereit	191
17. Wirtschaftsfaktor Sicherheit	212
18. Es geht auch anders	218

## **Anhang**

<b>Deutsche Antiterror- und Sicherheitsgesetze seit dem 11. September 2001</b>	<b>231</b>
<b>Danksagung</b>	<b>244</b>
<b>Literaturübersicht</b>	<b>245</b>
<b>Anmerkungen</b>	<b>263</b>
<b>Stichworte</b>	<b>279</b>

## Einleitung

Die Anschläge am 11. September 2001 in New York und Washington haben sich in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt. Angesichts der schrecklichen Bilder der einstürzenden Türme des World Trade Center trieb viele Menschen die Frage um, wie man die Anstifter dieses Massenmords zur Verantwortung ziehen könnte. Zugleich wuchs die Besorgnis, die westlichen Demokratien könnten im Zuge des islamistischen Terrorismus ihre Grundwerte verraten.<sup>1</sup> Leider hat sich inzwischen bestätigt, wie berechtigt diese Befürchtung war.

Demokratien leben von der Freiheit ihrer Bürgerinnen und Bürger. Doch Terror erzeugt Angst, und Angst fordert Sicherheit. Rückt die Gewährleistung der Sicherheit ins Zentrum staatlichen Handelns, werden zugleich Freiheitsrechte beeinträchtigt. Ganz im Sinne der Ideologen des Terrors, denn auf diese Weise übersteigt die mittelbare Wirkung der Attacken noch deren direkte Zerstörungen. Die Botschaft lautet: Niemand ist sicher – es kann jeden treffen. Dieser Effekt wird erreicht, gerade weil sich keiner der islamistischen Anschläge gegen einen Staats- oder Regierungschef richtete. Kein Spitzenpolitiker, keine Firmenchefin, kein General,

keine hohe Repräsentantin der Justiz oder der Polizei kamen dabei je zu Schaden. Die Opfer traf es ganz überwiegend nach dem Zufallsprinzip. Getötet und verletzt wurden unterschiedslos Atheisten wie Gläubige: Christen, Juden, Hindus, Buddhisten und Moslems. Die weltweit meisten Terroropfer gehörten aber selbst dem Islam an.

Regierungen und Parlamente reagierten auf die Anschläge vielfach genau so, wie es die Drahtzieher des Terrors kalkuliert hatten. Polizeibehörden, Geheimdienste und das Militär erhielten den Auftrag, mit nahezu allen Mitteln gegen den Terrorismus vorzugehen. Ihre Befugnisse wurden massiv ausgeweitet, selbst Überschreitungen sollten offiziell straffrei bleiben. Rechtsstaatliche Sicherungen wurden beiseitegeschoben, unterlaufen und gelockert, Menschenrechte spielten im Kampf gegen den Terror eine untergeordnete Rolle. Maßnahmen, die in »normalen« Zeiten zu Proteststürmen geführt hätten, wurden von Parlamenten ohne gründliche Prüfung und kritische Debatte durchgewinkt und auch von der Öffentlichkeit weitgehend akzeptiert. Je unsicherer die Zeiten, desto eher sind wir also bereit, unser Leben nach Regeln zu gestalten, die unseren individuellen Wünschen, Bedürfnissen und Interessen entgegenstehen.

Der Angriff auf die französische Satirezeitschrift Charlie Hebdo im Januar 2015 markiert den Beginn einer neuen Welle islamistisch motivierter Gewalttaten in Europa: Die weiteren Attentate in Paris auf Restaurants und einen Musikclub, die Anschläge auf den Flughafen und auf einen vollbesetzten U-Bahn-Zug in Brüssel, die in Menschenmengen gesteuerten Lastwagen in Nizza, Berlin und Stockholm, die



Attentate auf den Flughafen, das Fußballstadion und einen Nachtclub in Istanbul, die Anschläge vor dem britischen Parlamentsgebäude, der Bombenanschlag auf die St. Petersburger Metro, die tödlichen Schüsse auf einen Polizisten auf den Pariser Champs-Élysées, das Selbstmordattentat auf eine von Kindern und Jugendlichen besuchte Konzertveranstaltung in Manchester ... Ein Ende ist nicht in Sicht.

Staatliche und nichtstaatliche Trittbrettfahrer ziehen ihren Nutzen aus der Angst vor dem Terror: Praktisch jeder Krieg wird heute mit dem Argument der Terrorbekämpfung gerechtfertigt. Kritiker der jeweiligen Staatsführungen und Journalisten werden unter Terrorismusverdacht gefangen gehalten. Kriminelle nutzen die Verunsicherung für eigene korrupte Geschäfte, wie es sich etwa beim Anschlag auf den Mannschaftsbus des Fußballvereins Borussia Dortmund herausstellte. Auch Rechtsradikale versuchen diesen Wirkungszusammenhang weiter zu befeuern – indem sie beispielsweise Attentate vorbereiteten, die sie Asylbewerbern zuschreiben wollten, wie eine inzwischen enttarnte rechtsextremistische Zelle in der Bundeswehr. Terroristen beabsichtigen, durch entsprechend terminierte Anschläge Wahlergebnisse zu beeinflussen, zum Glück nicht durchgängig mit dem erwünschten Ergebnis. Es ist aber zu befürchten, dass letztlich diejenigen politischen Strömungen vom Terrorismus profitieren, die einseitig auf »Law and Order« setzen, nationalistische und fremdenfeindliche Parolen propagieren.

Die Terrorangst verschiebt das politische Koordinatensystem in Richtung autoritärer Lösungen und entzieht der

Demokratie die Luft zum Atmen. Weil spektakuläre, medial verstärkte terroristische Aktionen ein Gefühl allgemeiner Unsicherheit erzeugen, sehen sich selbst moderate Regierungen einem erheblichen Handlungsdruck ausgesetzt. Parlamente und Regierungen beschließen Programme und Gesetze, die nicht wirklich mehr Sicherheit bringen, um dem Eindruck des Kontrollverlustes entgegenzuwirken. Der nur in wenigen Ländern offiziell erklärte Ausnahmezustand wird auf diese Weise schleichend zur bedrohlichen Normalität.

Dieses Buch ist ein Plädoyer, der durch Terrorgefahr und Terrorangst bewirkten Erosion der offenen Gesellschaft selbstbewusst entgegenzutreten.

Berlin, im August 2017

# 1. Deutschland im Fadenkreuz

Anders als zunächst befürchtet blieb Deutschland nach dem 11. September 2001 lange Zeit von islamistisch motivierten Gewalttaten verschont. Zwar hatte es einige Attentatsversuche und entsprechende Planungen gegeben. Sie scheiterten aber überwiegend am Unvermögen der Täter oder wurden von Sicherheitsbehörden rechtzeitig unterbunden. Im Jahr 2006 deponierten islamistische Täter Kofferbomben in zwei Zügen der Bundesbahn, die allerdings wegen eines Konstruktionsfehlers nicht explodierten. Die Attentäter – libanesische Staatsangehörige – wurden nach einer intensiven Öffentlichkeitsfahndung in Libanon gefasst und dort zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt. 2007 folgte die Verhaftung der »Sauerland-Gruppe«, deren Mitglieder in einem Ferienhaus Utensilien zum Bombenbau gesammelt hatten. Drei Jahre später wurden die drei Hauptangeklagten wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung zu hohen mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. 2011 erschoss ein in Deutschland aufgewachsener 21-jähriger Kosovo-Albaner auf dem Frankfurter Flughafen zwei US-Soldaten. Dies war der erste islamistische Anschlag in Deutschland, bei dem Menschen zu Tode kamen. Der Täter wurde

zu lebenslanger Haft verurteilt. 2012 scheiterte ein Attentat auf dem Bonner Hauptbahnhof daran, dass ein auf dem Bahnsteig deponierter Sprengkörper nicht explodierte. Der Hauptverantwortliche wurde im April 2017 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt und kann wegen besonderer Schwere der Tat nicht mit einer vorzeitigen Entlassung rechnen. Zwei Mittäter, die ebenfalls einer islamistischen Vereinigung angehörten, mussten für neun bzw. elf Jahre ins Gefängnis.

Erst im Jahr 2016 erreichte der islamistisch motivierte Terrorismus doch mit Macht Deutschland. Am 26. Februar attackierte eine 16-jährige deutsch-marokkanischer Herkunft am Hannoveraner Hauptbahnhof einen Polizisten mit einem Messer und verletzte ihn schwer. Das Mädchen war auf einer Türkeireise vom Islamischen Staat angeworben worden. Am 18. Juli griff ein IS-Sympathisant in einem Zug bei Würzburg vier Personen mit einer Axt an und wurde bei dem anschließenden Polizeieinsatz erschossen. Am 24. Juli zündete ein 27-jähriger Syrer in Ansbach eine Rucksackbombe, verletzte 15 Personen und kam selbst ums Leben. Der Amoklauf eines 18-jährigen Deutschen mit iranischem Migrationshintergrund am 22. Juli in München, bei dem zunächst auch ein islamistisches Motiv vermutet worden war, erwies sich als Tat eines geistig verwirrten Einzeltäters, der eher rechtsradikalem Gedankengut nahestand. Trotzdem befeuerte auch dieses Ereignis die Terrorängste in Deutschland.

So schlimm all jene Vorfälle waren, der Anschlag am 19. Dezember 2016 stellte sie alle in den Schatten. Am Abend

dieses Tages raste der Tunesier Anis Amri mit einem gestohlenen Sattelschlepper auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz an der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Zwölf Menschen fanden den Tod, viele weitere wurden verletzt. Kurze Zeit nach dem Anschlag bekannte sich der IS zu der Tat. Es war der schlimmste Anschlag in Deutschland seit dem bis heute unaufgeklärten Attentat auf das Münchner Oktoberfest im Jahr 1980, das mit großer Wahrscheinlichkeit einen rechtsradikalen Hintergrund hatte.

Die seit mehreren Jahrzehnten laufende Aufrüstung des Sicherheitsapparats, die Vervielfachung des Personals der mit der Terrorismusbekämpfung befassten Behörden und ihre Ausstattung mit immer neuen zusätzlichen Befugnissen hat diesen ersten großen Anschlag mit islamistischem Hintergrund in Deutschland nicht verhindert. Und trotzdem waren von den Sicherheitsbehörden und aus den Regierungsparteien zunächst keinerlei selbstkritische Töne zu hören. Noch bevor die Zusammenhänge auch nur ansatzweise aufgeklärt waren, forderten Innenpolitiker der Großen Koalition, die AfD und Polizeigewerkschafter, die Sicherheitsbehörden noch weiter auszubauen und mit zusätzlichen Befugnissen auszustatten. Einen Tag nach dem Anschlag erklärte CSU-Chef Horst Seehofer: »Wir sind es den Opfern, den Betroffenen und der gesamten Bevölkerung schuldig, dass wir unsere gesamte Zuwanderungs- und Sicherheitspolitik überdenken und neu justieren.«<sup>1</sup> Bemerkenswert an dieser Verbindung von Terrorismus und Flüchtlingspolitik war, dass der CSU-Chef seine Forderung bereits erhob, als ein vorläufig festgenommener Asylbewerber der Tat ver-

dächtigt wurde. Wenig später stellte sich heraus, dass die Polizei mit dem Flüchtling aus Pakistan ganz offensichtlich den Falschen verhaftet hatte. Kurz darauf verdichtete sich die Vermutung, dass Anis Amri, ein 28-jähriger Tunesier, die Tat verübt hatte. Seine Identitätspapiere fanden sich unter dem Sitz des Tatfahrzeugs. Er hatte sich nach der Tat mit der Bahn über Frankreich nach Mailand abgesetzt, wo er wenige Tage später in einem Feuergefecht von der italienischen Polizei erschossen wurde. Bemerkenswert ist, dass er bei seiner Flucht von mehreren Videoüberwachungssystemen aufgenommen wurde, ohne irgendwo Verdacht zu wecken. Bereits unmittelbar nach der Tat war Amri auf dem nahe am Ort des Anschlags gelegenen Bahnhof Zoologischer Garten von einer Überwachungskamera gefilmt worden. Amri habe gewusst, dass er aufgenommen wurde, vermutete eine Sprecherin der Bundesanwaltschaft zwei Wochen danach, denn er habe sich sogar der Kamera zugewandt und den erhobenen Zeigefinger gezeigt, den sogenannten Tauhid-Gruß, der vor allem unter IS-Anhängern bekannt sei (vgl. Kap. 6).<sup>2</sup>

Im weiteren Verlauf mehrten sich auch in der CDU die Stimmen derer, die einen direkten Bezug zwischen der Flüchtlingspolitik und dem Terrorismus herstellten.<sup>3</sup> Vergleichbare Rufe nach schärferen Gesetzen und einem härteren Vorgehen gegen Asylbewerber und andere Flüchtlinge hörte man in den Tagen nach dem Anschlag von vielen Innenpolitikern aus den Reihen der Großen Koalition. Dass sich die sicherheitspolitischen Hardliner dabei nicht sehr um Fakten scherten, war kaum zu übersehen. Allein die Tatsache, dass es sich bei dem bzw. den Terrorverdächtigen um

Asylbewerber handelte, reichte aus, in der Migrations- und Flüchtlingspolitik eine härtere Gangart einzufordern.

In einem Zeitungsbeitrag<sup>4</sup> formulierte Bundesminister Thomas de Maizière Anfang 2017 Leitlinien für »einen starken Staat in schwierigen Zeiten«. Die Sicherheitsbehörden müssten mit zusätzlichen Befugnissen ausgestattet werden. Die Vorbehalte gegen weitere staatliche Befugnisse, etwa im Bereich der Überwachung und Vorratsdatenspeicherung seien nicht begründet. »Der starke Staat muss mit den technischen Entwicklungen und Nutzungen Privater Schritt halten, sie aber auch für seine Arbeit nutzen können.« Die biometrische Auswertung durch Gesichtserkennung und die Verwendung der DNA-Analyse durch die Sicherheitsbehörden müssten »entschieden« vorangebracht werden. Überhaupt seien die rechtlichen Begrenzungen für den Einsatz von Überwachungstechnologien nicht mehr zeitgemäß, denn sie entsprächen nicht der aktuellen Bedrohungslage, die durch Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität gekennzeichnet sei. Für die Sicherheitsbehörden des Bundes forderte de Maizière zusätzliche Kompetenzen zulasten der Länder. Schließlich fehlte auch nicht die Forderung nach dem Einsatz der Bundeswehr im Innern (vgl. Kap. 4). Der damalige SPD-Vorsitzende und Vizekanzler Sigmar Gabriel erklärte die Sicherheit zum »ursozialdemokratischen Thema«.<sup>5</sup> Auch er sprach sich für den »starken Staat und für weitere Gesetzesverschärfungen aus: Man brauche mehr Videoüberwachung öffentlicher Plätze und Abschiebehäft für Gefährder. Die Sicherheitsgesetze sowie das Ausländer- und Asylrecht müssten weiter verschärft werden. Im Grunde